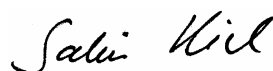

Liebe Kolleginnen, Liebe Kollegen, Liebe Interessierte,

hiermit erhaltet ihr die aktuellen »**Hochschul-News der GEW Niedersachsen**«, die euch wieder rund um die Hochschulpolitik in und um Niedersachsen informieren. Kritik, Anregungen und Infos schickt bitte am besten elektronisch an: s.kiel@gew-nds.de.

Gern könnt ihr die GEW-Hochschul-News an Interessierte weitergeben. Sie stehen auch auf der Homepage (<http://www.gew-nds.de/ausbildung-hochschule/>).

Beste Grüße



Sabine Kiel

Stv. Landesvorsitzende

Studiengebühren

Im Oktober 2007 hat die GEW gemeinsam mit dem studentischen Dachverband fzs dem UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte in Genf einen Bericht übergeben, wo über die »**Verletzung des Internationalen Pakts für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte**« (**UN-Sozialpakt**) durch die Einführung von Studiengebühren in Deutschland darlegen werden (http://www.gew.de/fzs_und_GEW_Studiengebuehren_verletzen_UN-Sozialpakt.html); Stellungnahme: <http://www.gew.de/Binaries/Binary27859/Sozialpakt.pdf>.

In der »**ersten großen Umfrage seit Einführung der Studiengebühren**« gab über die Hälfte der befragten Studenten (57 Prozent) an, nicht an eine Verbesserung von Lehre und Studienbedingungen durch Studiengebühren zu glauben. Das HIS Hochschul-Informationssystem GmbH befragte hierzu 21.000 Studierende an rund 150 Hochschulen. Unabhängig davon, ob sie für oder gegen Studiengebühren gestimmt haben, stellen die Studenten eindeutige Forderungen zur Verwendung der Gelder: 83 Prozent der Befragten fordern eine Verbesserung des Lehrangebots, 77 Prozent die Verbesserung der Betreuung und Lehrkräftesituation. Nach wie vor lehnt ein Großteil der Studenten (zwei Drittel) Studiengebühren eindeutig ab. Besonders unpopulär scheint die „Campusmaut“ bei Sprach-, Kultur- und Sozialwissenschaftlern sowie Lehramtsstudenten und Agrarwissenschaftlern zu sein: nur jeder Zehnte von ihnen findet Studiengebühren gut, etwa drei Viertel lehnen sie ab. Deutlich positiver fällt das Urteil bei den Wirtschaftsstudenten (26 Prozent für Studiengebühren) oder Jurastudenten (31 Prozent dafür) aus.

Die Umfrage ist Teil einer großen Untersuchung des HIS Hochschul-Informationssystem GmbH und wurde in Zusammenarbeit mit der AG Hochschulforschung der Uni Konstanz durchgeführt. In der neuen Ausgabe

Frauen

Frauen stellen zwar die Hälfte der Studierenden und 40 Prozent der Promovenden, aber als Wissenschaftlerinnen, Hochschullehrerinnen und Wissenschaftsmanagerinnen sind sie in den Führungsetagen der wissenschaftlichen Einrichtungen noch immer deutlich unterrepräsentiert. Dies ist nach wie vor eines der gravierendsten Defizite des Wissenschaftssystems in Deutschland, das in den meisten Fächern nicht mehr mit fehlendem weiblichen Nachwuchs erklärt werden kann. Die Statistiken liegen vor, ihre Auswertungen sind eindeutig, die Strategien und Instrumente, hier Abhilfe zu schaffen, sind bekannt. Trotzdem hat dieser "Konsens in der Theorie" noch nicht zu einem Durchbruch in der gleichstellungspolitischen Praxis geführt. In Deutschland ist der kognitive Widerstand gegenüber dem Befund der Ungleichbehandlung von Männern und Frauen gerade auch in der Wissenschaft besonders groß. Damit verschließt man sich zugleich der Einsicht, dass Exzellenz und Innovation ohne Frauen undenkbar sind.

Der Wissenschaftsrat hat deshalb in seinen »**Empfehlungen zur Chancengleichheit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern**« (<http://www.wissenschaftsrat.de/texte/8036-07.pdf>) nachdrücklich gefordert, die an einigen Stellen bereits mit großem Erfolg eingesetzten Instrumente wie Anreizsysteme und Zielvereinbarungen zügig und konsequent zur Förderung von Chancengleichheit in allen Bereichen des Wissenschaftssystems zu nutzen. Für den Fall, dass dennoch in absehbarer Zeit keine deutlichen Verbesserungen erzielt werden, hält er die Anwendung institutionalisierter und auch finanzwirksamer Durchsetzungs- und Sanktionsmechanismen für erforderlich. Welche Modelle zur Festlegung von Zielzahlen bei der Sanktionierung angewendet werden sollen (zum Beispiel Kaskadenmodell, positive Diskriminierung, Zielvorgaben bei Berufungen nach Geschlecht), ist zu gegebener Zeit zu entscheiden.

"Es gibt noch immer zahlreiche strukturelle Barrieren in der Wissenschaft, aber auch unterschwellige Diskriminierungsformen und die Neigung zu homosozialer Kooptation unter vielen meiner Kollegen", erläutert der Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Professor Peter Strohschneider. Insbesondere gegen manche "old boys' networks" helfen erfahrungsgemäß nur transparente und formalisierte Verfahren, sei es in der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses, bei Berufungsverfahren und anderen Personalentscheidungen, sei es bei der Leistungsbewertung und in Förderverfahren. Wir haben mit unseren Empfehlungen die wichtigsten Stellschrauben im System benannt, an denen eine erfolgreiche Personalpolitik ansetzen muss."

Lehramtsausbildung

Mit einer »**Verordnung über Masterabschlüsse für Lehramter in Niedersachsen**«, mit der die Neuausrichtung der Lehramtsstudiengänge im Zuge des Bologna-Prozesses und die damit verbundenen Bachelor- und Masterstrukturen in der Lehrerausbildung umgesetzt werden, führt die Landesregierung das »**eigenständige Lehramt an Realschulen**« wieder ein.

Die Verordnung, die bereits eine Verbandsanhörung durchlaufen hat, wurde Anfang Oktober auf Vorschlag von Kultusminister Bernd Busemann vom Kabinett beschlossen worden.

Entschieden abgelehnt wird die Wiedereinführung des Realschullehramts von den Gewerkschaften, dem Verband Bildung und Erziehung sowie vom Landeselternrat und auch von den Hochschulen.

Föderalismus: HRG

Die Bundesregierung will das Hochschulrahmengesetz (HRG) aufheben und damit ein Signal geben, die Hochschulen zugunsten von mehr Wettbewerb aus der staatlichen Detailsteuerung zu entlassen. Zudem trage die geplante Aufhebung auch der Föderalismusreform Rechnung, begründet die Regierung ihren Vorstoß (<http://dip.bundestag.de/btd/16/061/1606122.pdf>). Am 12.11.2007 findet eine öffentliche Anhörung statt (<http://www.bundestag.de/ausschuesse/a18/tagesordnung/45071112.pdf>).

Wissenschaft als Beruf

Im März 2007 fand ein GEW-Werkstattgespräch »**Forschung, Lehre, Management – Anforderungen an eine aufgabengerechte Personalstruktur in Universitäten und Fachhochschulen**«, wo sich u. a. über den Vorschlag des Wissenschaftsrates über die Einführung von Lehrprofessuren diskutiert wurde. Mehr unter: http://www.gew.de/Werkstattgespraech_Personalstruktur.html

Dienst- und Tarifrecht

Die niedersächsische Landesregierung hat die »Verordnung über die Lehrverpflichtung an Hochschulen (**Lehrverpflichtungsverordnung - LVVO** -, gültig seit 02.09.2007) geändert.

Der DGB, GEW und ver.di hatten sich bereits im Dezember 2006 gegen die Erhöhung von Regel- und Höchstlehrverpflichtungen für wissenschaftliche MitarbeiterInnen (§31 NHG) und Lehrkräfte für besondere Aufgaben (§32 NHG) ausgesprochen (http://www.gew-nds.de/ausbildung-hochschule/downloads/LVVO-Stellungnahme_12-2006.pdf).

Unter <http://www.gew-tarifrunde2008.de/> hat die GEW Informationen über die »**Tarifrunde 2008**« zusammengestellt. In Kürze wird dort die **Broschüre »Was sind Forschung und Lehre wert?«** aufgenommen, die sich mit der »Tarifsituation im Wissenschaftsbereich« sowie den Positionen und Vorstellungen der GEW auseinandersetzt.

Praktikum

Am 24. Oktober hat die Linksfraktion im Deutschen Bundestag in einem Antrag die rechtliche Verbesserung der »**Situation von PraktikantInnen**« http://www.nele-hirsch.de/index.php?option=com_content&task=view&id=632&Itemid=52) gefordert. Hintergrund ist die mangelnde Vergütung von zahlreichen PraktikantInnen, die während und vor allem nach ihrem Studium teilweise kostenfrei reguläre Arbeiten in Unternehmen verrichten. Die Linke fordert in ihrem Antrag Änderungen im Berufsbildungsgesetz. Zum einen müsse der Begriff des Praktikums klarer definiert werden, um PraktikantInnen nicht als Ersatz für reguläre Arbeitsverhältnisse nutzen zu können. Zugleich würden dadurch die wesentlichen Bestimmungen des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) zu Vergütung, Mitbestimmung oder Arbeitsschutz auch für PraktikantInnen gelten. Hintergrund der erneuten Initiative der Linksfraktion ist ein ebenfalls gestern veröffentlichtes Gutachten von Prof. Dr. Gerrit Horstmeier (<http://nele-hirsch.de/images/stories/gutachten-praktikanten.pdf>).

Auch der Grünen-Politiker Kai Gehring forderte im Rahmen der Bundestagsdebatte die Bundesregierung zum Handeln auf. Er wies darauf hin, dass die Situation junger AkademikerInnen zwar "kein Massenphänomen" sei, die Bundesregierung aber dennoch handeln müsse, um die Ausnutzung von PraktikantInnen zu verhindern. Die RednerInnen von CDU/CSU sowie der FDP wandten sich in der Debatte entschieden gegen den Antrag der Linksfraktion und befürchteten, dass durch Überregulierung die Möglichkeit, Praktika machen zu können, genommen würde. Die SPD-Fraktion wies derartige Argumentationen zwar zurück, lehnte jedoch zugleich den vorliegenden Antrag ab.

Der Bundesparteitag der SPD hingegen hat am 27. Oktober gesetzliche Regelungen zur Definition, zur Dauer und zur Vergütung von Praktika eingefordert (http://parteitag.spd.de/servlet/PB/show/1731422/B%DC%2B58%2B_Ar%2B51%2Bfaire%2BPraktika%2Bf%FCr%2Bjunge%2BMenschen.pdf).

Hinweise

Zweite (und erweiterte) Auflage: »**Netzwerk der Macht - Bertelsmann. Der medial-politische Komplex aus Gütersloh**.« Das Buch umfasst 488 Seiten und kostet 17,00 Euro. Das Inhaltsverzeichnis und das Bestellformular finden sich auf unserer Homepage unter: <http://www.bdwi.de/show/564228.html>

Termine

»**Prekarisierung von Wissenschaft und wissenschaftlichen Arbeitsverhältnissen**« (11. und 12. Januar 2008, Leipzig) - Arbeitstagung des Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi), in Kooperation mit Rosa Luxemburg Stiftung, Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), StudentInnenrat der Universität Leipzig.

Ziel der Tagung ist es erstens, die Prekarisierung von Wissenschaft und wissenschaftlichen Arbeitsverhältnissen präziser zu erfassen und öffentlich sichtbarer zu machen. Zweitens geht es um die Diskussion von Widerstands- und Reformperspektiven im Sinne der (von verschiedenen historischen Mittelbaubewegungen formulierten) Zielsetzung »Aufgabengerechte Personalstruktur – was heißt das heute?«. Schließlich sollen drittens die Auswirkungen einer Deregulierung akademischer Arbeitsverhältnisse auf wissenschaftliche Denk- und Verhaltensweisen diskutiert werden.

Informationen und ein Anmeldeformular unter http://www.bdwi.de/bdwi/termine/event_11413.html

GEW-Intern

Auf der **Landesdelegiertenkonferenz** vom 8. bis 10. Oktober 2007 wurde ein neuer geschäftsführender Vorstand gewählt. Für das Referat Ausbildung Fortbildung, Hochschule und Forschung gibt es nun ein Team: Rolf Heidenreich, Jürgen Köpke und Detlef Spindler.

Haftung für Links

Unser GEW-Hochschul-Newsletter enthält Links zu externen Webseiten Dritter, auf deren Inhalte wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte auch keine Gewähr übernehmen. Für die Inhalte der verlinkten Seiten ist stets der jeweilige Anbieter oder Betreiber der Seiten verantwortlich. Die verlinkten Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf mögliche Rechtsverstöße überprüft. Rechtswidrige Inhalte waren zum Zeitpunkt der Verlinkung nicht erkennbar. Eine permanente inhaltliche Kontrolle der verlinkten Seiten ist jedoch ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei bekannt werden von Rechtsverletzungen werden wir derartige Links umgehend entfernen.